

2
83

Union in Deutschland

Bonn, den 13. Januar 1983

JETZT BEI DEN MIETEN

Die SPD lügt und täuscht die Wähler

Das Präsidium der CDU unterstreicht die Kritik des Generalsekretärs Heiner Geißler an der Mietenkampagne der SPD. Seit Wochen verteilt die SPD Flugblätter, in denen die Entscheidungen über das neue Mietrecht verfälscht dargestellt werden. Durch die gezielte Verteilung an die Inhaber von Sozialwohnungen wird wider besseres Wissen der Eindruck erweckt, als ob die Mieten im sozialen Wohnungsbau durch das neue Mietrecht steigen würden.

Eine besonders üble Wählertäuschung hat die SPD vor der Hamburger Bürgerschaftswahl am 19. Dezember 1982 begangen. Der Hamburger SPD-Senat hatte am 31. August 1982 die rechtlichen Voraussetzungen für eine Mieterhöhung für 280 000 Hamburger Sozialwohnungen beschlossen. Diese Mieterhöhungsbescheide wurden diesen Hamburger Haushalten im Dezember kurz vor der Bürgerschaftswahl zugestellt. Gleichzeitig versuchte die SPD durch öffentliche Erklärungen diese Mieterhöhung der neuen Bundesregierung wahrheitswidrig anzulasten. So er-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Noch
44 Tage
 bis zur
Bundestagswahl

Wahlkampf-Telefon
(0228) 544360

Heute im Wahlkampf

■ INFORMATIONEN

Arbeitslosigkeit — das zentrale Problem der Bundesbürger/ CDU für Wahlkampfabkommen/ Anzeigen zum Thema Mieten

Seiten 2 bis 4

■ ABRÜSTUNG

Bundeskanzler Helmut Kohl: Wir begrüßen jeden Schritt zum Abbau der Raketenwaffen Seite 5

■ MIETEN

Flugblattaktionen des Mieterbundes maßlos, verfälscht und verantwortungslos Seite 13

■ DOKUMENTATION

Wir schaffen Wehrgerechtigkeit für alle jungen Bürger grüner Teil

Arbeitslosigkeit – das zentrale Problem der Bundesbürger

Die Verschärfung der Arbeitsmarktlage hat ihre deutlichen Spuren hinterlassen. Für knapp 80 Prozent der Bundesbürger ist die Sicherung der Arbeitsplätze das entscheidende gesellschaftspolitische Problem der Gegenwart. Dies ergab eine Umfrage, die die GFK (Gesellschaft für Konsum) Nürnberg bei 2000 repräsentativ ausgewählten Personen durchführte. Dieses an sich nicht überraschende Ergebnis ist deshalb bemerkenswert, weil sich der Anteil derjenigen, die in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit das dringlichste Problem in der Bundesrepublik Deutschland sehen, gegenüber 1979 nahezu verdoppelt hat.

Die spontanen Angaben im einzelnen:	1979	1980	1982
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	11 %	10 %	78 %
Friedenssicherung	9 %	25 %	21 %
Gastarbeiterproblem, Ausländerfrage	—	13 %	19 %
Abbau der Staatsverschuldung	—	10 %	17 %
Wirtschaftsstabilität	2 %	7 %	17 %
Umweltschutz	14 %	9 %	16 %
Wahrung der Preisstabilität	14 %	14 %	15 %

(Fortsetzung von Seite 1)

klärte die SPD zum Beispiel acht Tage vor der Bürgerschaftswahl: „Kohls Weihnachtsgeschenk: 30 Prozent mehr Miete!“ (SPD-Zeitung am Sonntag vom 12. Dezember 1982.)

Die Christlich Demokratische Union hält ihre Kritik an dieser verlogenen Kampagne aufrecht, bis die SPD ihre Mietenlüge zurücknimmt.

Das Präsidium der CDU appelliert an den Parteivorstand der SPD, insbesondere an den Parteivorsitzenden Willy Brandt und den Spitzenkandidaten Hans-Jochen Vogel, die bundesweit verbreiteten unwahren Flugblätter zurückzuziehen und ihre wahrheitswidrigen Behauptungen zum neuen Mietrecht zu widerrufen. Die CDU verlangt, daß

1. die SPD öffentlich erklärt, daß die von ihr am Sonntag vor der Bürgerschaftswahl in Hamburg in ihrer Wahlzeitung erhobene Behauptung „Kohls Weihnachtsgeschenk: 30 Prozent mehr Miete!“ falsch und irreführend war;

2. die SPD öffentlich zugibt, daß die im Dezember 280 000 Hamburger Haushalten zugestellten Mieterhöhungsbescheide auf eine Entscheidung des Hamburger SPD-Senats vom 31. August 1982 zurückgehen und mit dem neuen Mietrecht nichts zu tun haben;

3. die SPD öffentlich eingesteht, daß das neue, von der CDU/CSU/FDP-Regierung beschlossene Mietrecht zu keiner Mieterhöhung im Bereich des sozialen Wohnungsbaus führt;

4. die SPD öffentlich bestätigt, daß die von der neuen Bundesregierung vorgenommenen Mietrechtsänderungen bereits in wesentlichen Punkten von der alten Regierung Schmidt im Deutschen Bundestag eingebracht worden sind.

Solange die Sozialdemokraten von ihrer unwahren Mietenkampagne nicht abrücken, wird die CDU ihren Vorwurf der bewußten und vorsätzlichen Wählertäuschung aufrecht erhalten.

Siehe auch: Flugblattaktion des Mieterbundes: Maßlos, falsch und verantwortungslos, Seite 13.

■ WAHLKAMPF- INFORMATIONEN

CDU für Wahlkampfabkommen

Zu den Vorschlägen von Bundestagspräsident Richard Stücklen für ein Wahlkampfabkommen erklärt Heiner Geißler: Die CDU wird — wie auch in der Vergangenheit — einen fairen Wahlkampf führen. Sie wird sich an die selbstgesetzte Begrenzung bei den Wahlkampfkosten halten, die sich auf 29,8 Millionen Mark belaufen und damit erheblich unter den Kosten des Jahres 1980 liegen. Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands würde es daher begrüßen, wenn es wieder zu einem Wahlkampfabkommen zwischen den politischen Parteien käme. Die Ablehnung eines solchen Gremiums durch die SPD läßt den Schluß zu, daß sich die SPD weder sachlich noch finanziell in einem angemessenen Rahmen zu halten gedenkt.

631 000 Lehrverträge abgeschlossen

In der Bundesrepublik wurden in diesem Jahr insgesamt 631 000 neue Lehrverträge

Anzeige zum Thema Mieten

Nach der Startanzeige am 10. Januar wird am 17. Januar in allen regionalen Tageszeitungen, in der FAZ, Welt und im Handelsblatt eine Anzeige zum Thema „Miete“ geschaltet. Die Anzeige erscheint am 18. Januar in der Bild-Zeitung.

LIEBE FREUNDE!

Die politischen, organisatorischen und werblichen Vorbereitungen für den Bundestagswahlkampf der CDU sind abgeschlossen. Der Wahlkampf der Partei hat begonnen: Bereits am 10. Januar erschien die erste Anzeige, ab 14. Januar kleben die ersten Plakate der Vorlaufplakatierung, die erste Wahlkampfzeitung liegt den Kreisverbänden vor.

Jetzt kommt es auf die Mobilisierung unserer Mitglieder, Freunde und Anhänger an. Drei Ziele müssen wir erreichen:

1. „Mundfunk gegen Rundfunk“. Das persönliche Gespräch ist die wichtigste Ergänzung zum Wahlkampf in den Medien.
2. Zumindest eine Wahlkampfzeitung in alle Haushalte verteilen.
3. Neben politischer Diskussion in großen und kleinen Wahlkampfveranstaltungen müssen Wählergespräche bis hinein in die Privatwohnungen als Nachbarschaftsgespräche geführt werden.

Die Regionalkonferenz am 8. Januar in Ludwigshafen hat gezeigt: Die CDU steht wie ein Mann hinter Bundeskanzler Helmut Kohl. Die Regionalkonferenzen in Hannover am 18. und in Bochum am 19. Januar sind weitere wichtige Termine für die Mobilisierung aller Funktionsträger.

Jetzt kommt es auf jeden von uns an. Miteinander schaffen wir's.

Peter Radunski

(Peter Radunski)

abgeschlossen, das sind 4,2 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Bundesbildungsminister Frau Dorothee Wilms betonte, dies sei eine „hervorragende Zahl“. Zum Stichtag 30. September seien noch 36 000 Jugendliche bei den Arbeitsämtern gemeldet gewesen, die einen Ausbildungsplatz suchten. Gleichzeitig habe es noch 20 000 offene Lehrstellen gegeben. Die 36 000 unversorgten Bewerber stünden aber deshalb nicht auf der Straße. Viele besuchten inzwischen Berufsfachschulen oder würden gefördert. Erfahrungsgemäß schließe auch etwa ein Drittel der zum Stichtag nicht vermittelten Jugendlichen bis Ende Dezember noch Lehrverträge ab.

SPD Hessen setzt weiter auf die Grünen

Der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der SPD im hessischen Landtag und Vorsitzende des Frankfurter SPD-Unterbe-

Aufgespießt

„Und ich will auch nicht ausschließen, daß man jedenfalls die Erwachsenen, die BAFÖG als Studenten empfangen, auch nicht ungerecht behandeln würde, wenn die das später zurückzahlen müßten. Sie werden ja später einmal in Berufskategorien eintreten, wo sie mehr verdienen als andere. Es wäre nicht verkehrt, über die darlehensweise Vergabe von BAFÖG an Studenten ernsthaft nachzudenken.“

Bundeskanzler Helmut Schmidt am 26. Februar 1982 in Bonn-Bad Godesberg vor der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen.

zirks, Fred Gebhardt, geht davon aus, daß es im Jahr 1983 keine Landtagswahlen in Hessen geben wird. In Frankfurt sagte Gebhardt, durch ständige und intensive Gespräche, insbesondere mit der Fraktion der Grünen im hessischen Landtag, sei

deutlich geworden, daß es Berührungspunkte gebe. Durch diese intensiven Gespräche hätten viele wichtige Fragen verdeutlicht werden können. Aufgrund dieser Gespräche habe er die Hoffnung, daß im Sommer mit Hilfe der Grünen auch ein Haushalt für das Jahr 1983 verabschiedet werden könne.

Baugenehmigungsverfahren beschleunigt

In gleichlautenden Schreiben an den Präsidenten des Deutschen Städtetages, Oberbürgermeister Rommel, den Präsidenten des Deutschen Landkreistages, Landrat Karl-Heinrich Buhse, sowie an den Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Prof. Schäfer, hat sich der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium, Horst Waffenschmidt, für eine Beschleunigung der Baugenehmigungsverfahren bei den kommunalen Bauaufsichtsbehörden eingesetzt.

Eine bessere Entwicklung der Wirtschaft und insbesondere der Investitionen sowie der Abbau von Arbeitslosigkeit sind von entscheidender Bedeutung für die kommunale Finanzsituation, weil dann mehr Steuereinnahmen erwartet werden können und Sozialausgaben nicht mehr steigen müssen.

Ins Schwarze

Wir werden dafür kämpfen, daß dem deutschen Volk das grün-rote Unglück erspart bleibt. Wir wollen den schwierigen, aber aussichtsreichen Weg fortsetzen, den die Regierung Kohl am 1. Oktober 1982 begonnen hat: unser Land aus der Krise herausführen, in die es durch SPD-geführte Bundesregierungen gekommen ist, unserem Volk Arbeit, Frieden und Zukunft sichern. Alfred Dregger

■ ABRÜSTUNG

Wir begrüßen jeden Schritt zum Abbau der Raketenwaffen

In den letzten Tagen gab es eine Reihe prominenter östlicher Äußerungen und Vorschläge, bei denen es um Fragen der Ost-West-Beziehungen und der Abrüstung ging. Besondere Aufmerksamkeit fanden die Erklärungen des sowjetischen Generalsekretärs Jurji Andropow und die beim Gipfeltreffen des Warschauer Pakts in Prag bekanntgegebene politische Deklaration, insbesondere das Angebot zum Abschluß eines Gewaltverzichtsvertrages. Hierzu erklärt Bundeskanzler Helmut Kohl:

① Auch wenn es sich bei dieser Fülle von Vorschlägen und Anregungen zum ganz großen Teil um Äußerungen handelt, die wir bereits aus früheren Erklärungen und Verhandlungen kennen, ist es selbstverständlich, daß wir sie sorgfältig prüfen und abwägen. Wir tun dies gemeinsam mit unseren Verbündeten. Es ist besonders wichtig, daß diese Prüfung und Abstimmung gemeinsam geschieht, denn nichts wäre für die laufenden Verhandlungen schädlicher, als wenn sich die westliche Seite selbst auseinanderdividieren würde. Grundsätzlich gilt, was ich schon in meiner Regierungserklärung am 25. November 1982 gesagt habe, daß wir auf alle Schritte, die der Verbesserung der Ost-West-Beziehungen dienen, positiv reagieren werden.

② Uns geht es um Taten, nicht um Worte und bloße Deklarationen. Daher wollen wir militärisch bedeutsame, ausgewogene und überprüfbare Vereinbarungen zur Rüstungskontrolle und Abrüstung.

Wir begrüßen es sehr, wenn die Staaten des Warschauer Pakts in einigen Punkten Bereitschaft zeigen, auf die entsprechenden westlichen Vorschläge einzugehen. Natürlich würden wir es vorziehen, wenn sich diese Bereitschaft des Ostens auf alle Abrüstungsinitiativen des Westens erstrecken würde.

③ An einigen Stellen der Prager Deklaration zeigt sich die Absicht, Friedenswillen einseitig für den Warschauer Pakt zu beanspruchen. Es wäre für alle Beteiligten besser, wenn die Regierungen der Sowjetunion und der anderen Staaten des Warschauer Pakts einsähen, daß solche Propaganda letzten Endes nur ihre eigene Verhandlungsbereitschaft zweifelhaft erscheinen läßt.

Die sowjetische Regierung erweist sich selbst einen schlechten Dienst, wenn sie der amerikanischen Seite wieder und wieder vorwirft, es fehle ihr an ernstem Verhandlungswillen. Wir wissen zu gut, daß das Gegenteil richtig ist. Und ich freue mich, daß jetzt Jochen Vogel bei seinem jüngsten Besuch in Washington erklärt hat, daß die amerikanische Verhandlungsführung in Genf sehr ernsthaft und erfolgsorientiert ist. Ich hoffe, daß er seine neu gewonnene Überzeugung auch seiner eigenen Partei vermitteln kann und die SPD nicht länger den Verhandlungswillen der USA in Zweifel zieht.

④ Die Bundesregierung ist nach wie vor davon überzeugt, daß es für alle Beteiligten das beste wäre, wenn sich Amerikaner und Sowjets in Genf darauf einigen

würden, daß beide Seiten auf landgestützte Mittelstreckenflugkörper verzichten.

Mein Amtsvorgänger, der stellvertretende SPD-Vorsitzende Helmut Schmidt, hat hierzu auf dem Münchener Parteitag der SPD im April 1982 erklärt:

„Alle Europäer — auch die Sowjets — lebten sicherer, wenn es überhaupt keine auf europäische Ziele gerichteten Mittelstreckenraketen gäbe. Deshalb ist die beiderseitige Nulllösung unser Verhandlungsziel in Genf.“

Ich kann das auch heute nur unterstreichen. Hinzuzufügen ist — wiederum mit Helmut Schmidt:

„Die Beseitigung einer ganzen Waffenkategorie wäre ein großer Schritt in Richtung auf wirkliche Abrüstung. Wir werden alles tun, um zur Verwirklichung dieses Vorschlags beizutragen.“

(Auf der Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen für Abrüstung im Juni 1982.)

Ich betone: Wir, die Bundesregierung, die CDU/CSU, suchen über diesen Punkt keinen Streit. Aber wir halten an dieser Zielsetzung fest. Und ich würde es begrüßen, wenn auch die Sozialdemokraten in dieser Hinsicht keine Zweifel entstehen ließen.

⑤ Wir prüfen nüchtern und aufgeschlossen, was Generalsekretär Andropow gesagt hat. Wir wissen aber: Für Verhandlungen mit der Sowjetunion braucht man Zähigkeit und langen Atem.

Wir hoffen, daß die Worte des Generalsekretärs die Bereitschaft der Sowjetunion ankündigen, sich bei den Verhandlungen in Genf substantiell zu bewegen.

Hierzu wäre es von Nutzen, wenn die Sowjetunion ihre Vorschläge sowohl bei den strategischen Interkontinentalraketen wie bei den landgestützten Mittelstreckenwaffen, um die es in Genf geht, weiter präzisieren würde. Ich weiß, daß die Amerikaner als gute Verhandlungsführer die ent-

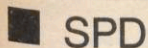
sprechenden genauen und notwendigen Fragen stellen.

⑥ Jeder versteht, daß es für uns nicht akzeptabel sein kann, wenn entsprechend den Vorschlägen von Generalsekretär Andropow der Westen auf die Stationierung amerikanischer Waffen gänzlich verzichten soll, während die Sowjetunion sich nach diesen Vorschlägen mit mehr als 450 Sprengköpfen auf mindestens 150 Raketen in Europa das Monopol bei den Mittelstreckenraketen gegenüber den Vereinigten Staaten vertraglich absichern lassen will. Aber es ist gut, daß die Sowjetunion offenbar ihre bisherige Behauptung, schon jetzt bestehe bei den Mittelstreckenwaffen zwischen Ost und West in Europa ein Gleichgewicht, nicht mehr aufrechterhalten will. Dies könnte ein Schritt in die richtige Richtung sein.

⑦ Jede Art von Gewaltverzicht ist zu begrüßen. Wir werden den Vorschlag aus Prag, wie auch Präsident Reagan sagte, sorgfältig erwägen. Der Gewaltverzicht, das Gewaltverbot steht in der Charta, dem Grundgesetz der Vereinten Nationen, in der KSZE-Schlußakte von Helsinki, in unseren Verträgen mit Osteuropa. Man kann an diesen Grundsatz nicht oft genug erinnern. Es muß aber für alle gelten und überall.

Afghanistan, Polen, aber auch Prag 1968 sind schlimme Gegenbeispiele. Wir haben sie nicht vergessen, weil wir den Gewaltverzicht sehr ernst nehmen. Gerade die Sowjetunion kann durch konkrete Taten, z. B. in Afghanistan, das Gewicht ihres neuen Vorschlags erheblich erhöhen.

⑧ Präsident Reagan hat in den letzten Tagen auf entsprechende Fragen ebenso wie Generalsekretär Andropow die Bereitschaft zu einem Gipfeltreffen erklärt, wenn dies nach entsprechend sorgfältiger Vorbereitung hinreichend gute Aussichten auf Erfolg bietet. Wir begrüßen diese Bereitschaft.



Wahlprogramm der SPD verfälscht 13 Jahre Politik als Regierungspartei

Das Wahlprogramm der Sozialdemokraten, dessen Entwurf der Parteivorstand kurz vor Weihnachten verabschiedet hat, verzerrt und verfälscht die Politik der SPD als Regierungspartei der vergangenen 13 Jahre und ist somit ein Dokument der bewußten Täuschung, stellt Generalsekretär Heiner Geißler fest.

Mit diesem Programm versuchen die Sozialdemokraten, von ihrem offensichtlichen Scheitern abzulenken und ihre langjährige Verantwortung für Wirtschaftskrise, Millionenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung und Pleitewellen zu verschleiern. Sie erklären sich für die aktuelle Bilanz, die sich als die schwerste Krise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland ausweist, für nicht verantwortlich, ja, sie setzen ihre Politik der Wählertäuschung und des Betruges fort.

Auf unverfrorene Weise machen sie den Versuch, für die krisenhafte Entwicklung die Christlichen Demokraten und die neue Bundesregierung verantwortlich zu machen; sie setzen auf das kurze Gedächtnis der Bürger. Als Regierungspartei trug die SPD 1976 Verantwortung für die Rentnlüge, 1980 für die Schuldenlüge, und die Sozialdemokraten gehen 1983 mit einer Geschichtslüge in den Wahlkampf. Die Sozialdemokraten reklamieren für sich Glaubwürdigkeit, während sie doch jahrelang Täuschung und Betrug zu einem Mittel der Politik gemacht haben.

Die Sozialdemokraten wollen Arbeit erhalten und neue Arbeit schaffen, wo doch für

jedermann offensichtlich ist, daß sie durch ihre Politik erst Arbeitsplätze vernichtet haben und sie die Verantwortung für über zwei Millionen Arbeitslose tragen. Die durch eine falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik ausgelöste beispiellose Pleitewelle — allein 1982 gingen über 15000 mittelständische Unternehmen in Konkurs — hat in den letzten zehn Jahren Hunderttausende von Arbeits- und Ausbildungsplätzen vernichtet.

Die Deutsche Bundesbank sieht in ihrem jüngsten Monatsbericht erste Anzeichen der wirtschaftlichen Erholung und leitet daraus einen vorsichtigen neuen Aufschwung für die zweite Hälfte des Jahres 1983 ab. Dies wurde erreicht, weil sie in der Lage war, durch eine vertrauensbildende Politik die Voraussetzungen für eine zweimalige Zinssenkung zu schaffen, so daß der deutschen Wirtschaft innerhalb von nur wenigen Wochen 16 Milliarden Mark für Investitionen zur Verfügung stehen und auch derjenige, der sich heute Geld für Neuanschaffungen oder für den Bau eines Hauses leiht, bis zu drei Prozent weniger Zinsen zahlt als noch vor dem Regierungswechsel.

Die Sozialdemokraten wollen den „sozialen Frieden bewahren“, sie verschweigen bewußt, daß es unter keiner Regierung seit 1949 zu so schweren sozialen Spannungen gekommen ist wie unter Bundeskanzlern der SPD. Die SPD hat in den vergangenen Jahren für die größte Einkommensumverteilung von unten nach oben gesorgt; denn die Schuldenpolitik hat zu

Regionalkonferenzen — Kongresse — Zielgruppenveranstaltungen mit Bundeskanzler Helmut Kohl

Samstag, 15. Januar 1983

Karlsruhe, Schwarzwald-Halle

Rechtspolitischer Kongreß

Rede des Bundeskanzlers:

11 bis 12 Uhr

Dienstag, 18. Januar 1983

Hannover, Stadthalle — Kuppelsaal

Regionalkonferenz Nord

für die Landesverbände Berlin,

Bremen, Hamburg, Niedersachsen

und Schleswig-Holstein

Beginn: 13 Uhr

Rede des Bundeskanzlers: 16 Uhr

Mittwoch, 19. Januar 1983

Bochum, Ruhrland-Halle

Regionalkonferenz Mitte

für die Landesverbände

Rheinland und Westfalen-Lippe

Beginn: 14 Uhr

Rede des Bundeskanzlers: 17 Uhr

Samstag, 22. Januar 1983

Offenburg, Oberrhein-Halle

Zielgruppenveranstaltung Mittelstand

Beginn: 11 Uhr

Rede des Bundeskanzlers: 16 Uhr

Dienstag, 25. Januar 1983

Wolfsburg, Stadthalle

Zielgruppenveranstaltung Frauen

Beginn: 11 Uhr

Rede des Bundeskanzlers: 16 Uhr

Mittwoch, 26. Januar 1983

Offenbach, Stadthalle

Regionalkonferenz LV Hessen

Beginn: 18 Uhr

Rede des Bundeskanzlers: 19 Uhr

Sonntag, 30. Januar 1983

Köln, Halle 8 — Messe —

Zielgruppenveranstaltung Jugend

Beginn: 11 Uhr

Rede des Bundeskanzlers: 16 Uhr

Donnerstag, 3. Februar 1983

Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Friedenskongreß

Rede des Bundeskanzlers: 10 Uhr

Samstag, 5. Februar 1983

Dortmund, Westfalen-Halle IV

Zielgruppenveranstaltung

Arbeitnehmer

Beginn: 11 Uhr

Rede des Bundeskanzlers: 13 Uhr

Dienstag, 8. Februar 1983

Böblingen, Stadthalle

Zielgruppenveranstaltung Senioren

Beginn: 11 Uhr

Rede des Bundeskanzlers: 15 Uhr

Die Regionalkonferenz Süd-West: LV Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Saar hat bereits am 8. Januar 1983 in Ludwigshafen stattgefunden.

einer ausufernden Kreditaufnahme (über 111 Milliarden Mark) geführt. Für die Zinsen müssen nun die Arbeitnehmer aufkommen. Hinzu kommt — was die SPD in dreizehnjähriger Regierungszeit nicht erreicht hat, verspricht sie nun, zum Beispiel die einkommensschwachen Familien zu fördern und Initiativen zur Vermögensbil-

dung der Arbeitnehmer zu unterstützen, wobei sie verschweigt, daß sie als Regierungspartei dreizehn Jahre entsprechende Initiativen blockiert hat. Wer wissen will, wie Sozialdemokraten regieren wollen, dem ist das Wahlprogramm, dieses Dokument der Verschleierung, wenig hilfreich.

WAHLKAMPF-TELEFON (02 28) 54 43 60

Dem Wähler sagen, was wir wollen

Arbeitsplätze schaffen

Die Zahl der Arbeitslosen erreicht in diesem Winter mit fast 2 1/2 Millionen den höchsten Stand der Nachkriegszeit. Diese Massenarbeitslosigkeit bedeutet für die Betroffenen soziale Not und für die deutsche Volkswirtschaft enorme Verluste. Sie ist die Folge einer 13jährigen verfehlten Wirtschaftspolitik der SPD. Die Millionenarbeitslosigkeit ist leider nicht von einem auf den anderen Tag zu beseitigen. Die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist der erste Schwerpunkt des Programms der neuen Regierung:

Der solide und sparsame Haushalt hat es ermöglicht, daß die Deutsche Bundesbank in den vergangenen Wochen die Leitzinsen zweimal um je 1% senken konnte. Dadurch werden die Bürger und die Wirtschaft um rund 16 Milliarden DM entlastet und neue Wachstumskräfte freigesetzt. Mit dieser Zinssenkung wird es privaten Investoren leichter, neue Arbeitsplätze zu schaffen; mehr Bauwillige können sich nun wieder ein Eigenheim leisten.

Die Senkung der Gewerbesteuer, die Förderung von Unternehmensneugründungen und steuerliche Erleichterungen bei der Übernahme eines von Stilllegung bedrohten Betriebes dienen der Stärkung des Mittelstandes und der Erhaltung von Arbeitsplätzen.

Die Regierung Helmut Kohl hat ein Sofortprogramm in Höhe von 2,5 Milliarden DM zur Belebung des Wohnungsbaus beschlossen, das aus dem Aufkommen der Investitionshilfleanleihe finanziert wird. Dadurch sollen in den nächsten beiden Jah-

ren zwischen 70000 und 100000 neue Wohnungen gebaut und 140000 bis 200000 Arbeitsplätze in der Bauindustrie gesichert werden. Außerdem rettet dieses Programm weitere Unternehmen in der Bauindustrie vor dem Zusammenbruch und sichert darüber hinaus Arbeitsplätze in der Möbel-, Textil- und Haushaltsindustrie.

Die neue Regierung macht den Weg frei für die Anwendung moderner Techniken und die Entwicklung neuer Technologien. Die Post wird im nächsten Jahr insgesamt 14,9 Milliarden DM investieren, nachdem u. a. die Mittel für die Verkabelung aufgestockt wurden. Nach der Aufhebung des Genehmigungsvorbehalts und der anschließenden Zusage der Wirtschaft, sich verstärkt an der Finanzierung zu beteiligen, scheint nun endlich der Bau des schnellen Brütters in Kalkar gesichert. Durch neue Techniken werden die Wirtschaft belebt, die Wettbewerbsfähigkeit gesichert, die Arbeitslosigkeit gebremst und neue zukunftsorientierte Arbeitsplätze geschaffen.

Die Wirtschaft beleben

Die Politik der Bundesregierung führt zur Belebung der Wirtschaft. Der solide und sparsame Haushalt hat Zinssenkungen ermöglicht und damit neue Wachstumskräfte freigesetzt. Mit dieser Zinssenkung wird es privaten Investoren leichter, neue Arbeitsplätze zu schaffen, mehr Bauwillige können sich nun wieder ein Eigenheim leisten.

Darüber hinaus wird die Bundesregierung durch die Förderung privater und öffentli-

cher Investitionen Arbeitsplätze schaffen und erhalten. Die Bundesregierung hat beschlossen, zusätzliche Mittel für Gemeinschaftsaufgaben und andere Gemeinschaftsfinanzierungen bereitzustellen. Die Bundesregierung wird die Ertragschancen der Unternehmen verbessern und so die Bildung von Eigenkapital stärken. Dazu hat sie eine Senkung der Gewerbesteuer beschlossen. Ab 1984 sollen Dauerschulden und Dauerschuldzinsen bei der Gewerbesteuer nur noch zur Hälfte hinzugerechnet und steuerlich erfaßt werden. Für 1983 ist bereits eine Kürzung der Hinzurechnung auf 60% vorgesehen.

Die Staatsfinanzen in Ordnung bringen

Ein zentraler Punkt der Finanzpolitik der Bundesregierung ist die Verringerung der Finanzierungsdefizite. In nur 2½ Wochen hat die Regierung Helmut Kohl für 1983 einen neuen ehrlichen Haushaltsentwurf vorgelegt und damit die Weichen richtig gestellt: Die Regierung Helmut Kohl hat das Defizit gesenkt.

Der Haushaltsentwurf der alten SPD-Regierung wies eine Neuverschuldung von 28,4 Mrd. DM aus. Der Kassensturz von Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg zeigte aber, daß die SPD uns in Wirklichkeit ein Defizit von rund 55 Mrd. DM hinterlassen hat. Die neue Bundesregierung hat mit ihrem Haushalt für 1983 das Defizit von 55 Mrd. DM auf 41,5 Mrd. DM gesenkt, sie hat also Einsparungen in Höhe von 13,5 Mrd. DM verwirklicht.

Nach der Bundestagswahl werden wir weitere Vorlagen einbringen, um das strukturelle Defizit zu verringern. Für die weiteren Entscheidungen gelten die folgenden Grundsätze:

— Der Ausgaberahmen muß mittelfristig für den Bundeshaushalt deutlich unter

dem Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts liegen.

— Vorrangig sind zukunftsirksame Ausgaben mit beschäftigungs- und investitionsfördernden Wirkungen. Einschränkungen müssen wir dagegen die konsumtive, nur die Gegenwart begünstigende Mittelverwendung.

— Hierzu gehört auch eine investitions- und leistungsfördernde Ausgestaltung der Steuerpolitik.

Unser Ziel heißt: Über geordnete Finanzen zurück zu einem geordneten Staat.

Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst

Die neue Bundesregierung hat eine schwere Erblast übernommen. Die Situation der Staatsfinanzen ist noch wesentlich kritischer, als die Union in der Opposition annehmen konnte. Die Sanierung der Staatsfinanzen als Voraussetzung für die Gesundung der Wirtschaft kann nur gelingen, wenn alle Bürger zu Opfern bereit sind. Auch der öffentliche Dienst muß seinen Beitrag leisten.

Die stark geminderte Leistungskraft unseres Landes erlaubt für das Jahr 1983 nur eine sehr zurückhaltende Erhöhung der Bezüge. Die Bundesregierung sieht daher als finanziellen Gesamtrahmen für den öffentlichen Dienst nur eine zweiprozentige Steigerung ab 1. Juli 1983 vor.

Gleichzeitig soll sichergestellt werden, daß die von der alten Bundesregierung praktizierte Ungleichbehandlung zwischen Beamten einerseits und Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes andererseits nicht mehr fortgesetzt wird. Deshalb werden die Beamten und Versorgungsempfänger die Erhöhung ihrer Bezüge für das Jahr 1982 rückwirkend ab 1. Juli 1982 und nicht, wie von der alten Bundesregierung vorgeschlagen, ab 1. August 1982 erhalten.

DIE SPD SAGT, RICHTIG IST

Thema: Mieten und BAFÖG

Die SPD behauptet:

Der Kanzlerkandidat der SPD, Vogel, will bei einem Wahlsieg der SPD die Änderungen des Mietrechts und die Korrekturen am BAFÖG.

Tatsache ist:

Während der Regierungszeit der SPD ist die Zahl der fertiggestellten Wohnungen um über die Hälfte zurückgegangen. Das knappe Angebot an Mietwohnungen hat die Mieten in die Höhe getrieben und so die Stellung der Mieter verschlechtert. Die neue Bundesregierung wird durch das Sonderprogramm zur Förderung des Wohnungsbaus über 100 000 neue Wohnungen bauen und so durch ein besseres Wohnungsangebot auch den Mieterschutz erhöhen. Zudem hat die Bundesregierung den Mieterschutz durch zahlreiche Maßnahmen verstärkt. Der soziale Kündigungsschutz der Mieter steht dabei im Vordergrund.

Eine Rücknahme der BAFÖG-Änderungen durch die SPD würde eine Fortsetzung der Finanzmisere der alten Bundesregierung bedeuten. Es hat mit sozialer Gerechtigkeit nichts mehr zu tun, wenn ohne Rücksicht auf die Leistung des einzelnen die alte Ausbildungsförderung nach dem Gießkannenprinzip weitergewährt werden soll. Darüber hinaus sind die Versprechungen Vogels arbeitnehmerfeindlich, wenn er verhindern will, daß Studenten nach dem Ende des Studiums die Gelder zurückzahlen, die ihnen aus dem Steueraufkommen der Erwerbstätigen zur Verfügung gestellt werden.

Im übrigen sagte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt: „Es wäre nicht

verkehrt, über die darlehensweise Vergabe von BAFÖG an Studenten ernsthaft nachzudenken.“

Die CDU hat das durchgesetzt, wozu der SPD der Mut fehlte.

Die SPD, die die größte Wirtschafts- und Finanzkrise in der Bundesrepublik Deutschland zu verantworten hat, äußert sich nicht dazu, welche Maßnahmen sie zum Abbau der Neuverschuldung ergreifen will und an welcher Stelle sie sparen will. Statt dessen will sie mit immer neuen Milliardenforderungen die Staatsverschuldung noch weiter in die Höhe treiben und unser Land an die Grenze des finanziellen Ruins führen. Daß Milliardenprogramme keinen Beitrag zur Bewältigung der Krise leisten, haben die 17 Konjunktur- und Beschäftigungsprogramme bewiesen, die die SPD während ihrer Regierungszeit verabschiedet hat.

Erhöhung der Mehrwertsteuer

Die SPD behauptet:

„Die Zeche für alle Maßnahmen, die die Regierung jetzt einleitet, zahlt der kleine Mann durch eine höhere Mehrwertsteuer...“

(Helmut Wieczorek, SPD-Bundestagsabgeordneter, vor dem Deutschen Bundestag am 10. November 1982)

Tatsache ist:

Die Mehreinnahmen des Bundes aus der Mehrwertsteuererhöhung vom 1. Juli 1983 werden — anders als von der alten Bundesregierung vorgesehen — in dem selben Gesetz Bürgern und Betrieben zu-

rückgegeben. Diese steuerlichen Entlastungen zur Stärkung der Investitions- und Innovationskraft der Wirtschaft sollen ab 1984, wenn das zusätzliche Mehrwertsteueraufkommen für das ganze Jahr anfällt, weiter ausgebaut und verstärkt werden.

Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer ausschließlich zum Zwecke des Stopfens von Haushaltslöchern hat die Union immer abgelehnt. Dagegen haben wir Steuerumschichtungen nicht ausgeschlossen, um das Steuerrecht auf Dauer leistungsfreundlicher, investitionsfreundlicher, wachstumsfreundlicher, familienfreundlicher zu machen. Genau dies geschieht nun mit den vorgelegten Maßnahmen.

Thema: Renten

Die SPD behauptet:

Die Union betreibe „Umverteilung von unten nach oben“ und benachteilige die Arbeitnehmer und die Rentner.

Tatsache ist:

Die soziale Sicherung hängt nicht nur von der Höhe der Leistung, sondern auch von ihrer verlässlichen, dauerhaften Gewährung ab. Die neue Bundesregierung will eine Rentenpolitik der Klarheit und Wahrheit. Rentner und Beitragszahler müssen wissen, was sie erwarten können. Daraus wächst das Vertrauen, das alleine Grundlage wirklicher sozialer Sicherheit ist.

Die neue Bundesregierung übernahm am 1. Oktober eine Situation, in der unzureichende Sanierungsmaßnahmen auf der Grundlage unrealistischer Prognosen eingeleitet waren. Hätte die neue Bundesregierung einfach diese eingeleiteten Maßnahmen zu Ende geführt, wäre die Rentenversicherung im Sommer 1983 zahlungsunfähig gewesen. Sie mußte handeln. Durch ihre Maßnahmen wurden der Rentenversicherung zusätzliche Mittel von 3,7 Milliarden Mark verschafft. Damit ist

die Liquidität der Rentenversicherung im Jahre 1983 gesichert, zumal die Bundesregierung bei der zu erwartenden Arbeitslosigkeit realistische Annahmen zur Grundlage ihrer Berechnungen machte.

Die dazu erforderlichen Lasten wurden gleichmäßig verteilt. Keine Rente wird gekürzt, aber die Erhöhung wird um ein halbes Jahr hinausgeschoben. Auch unter Berücksichtigung des einprozentigen Beitrages der Rentner zu ihrer Krankenversicherung ab 1. Juli 1983 verschlechtert sich die Stellung der Rentner im Einkommensgefüge nicht. Die Erhöhung des Beitragssatzes für die Erwerbstätigen wurde um vier Monate vorgezogen.

Trotz der erheblich verschlechterten Finanzlage kürzt die Bundesregierung den Bundeszuschuß zur Rentenversicherung nicht, wie von der alten Regierung vorgesehen, um 1,3 Milliarden Mark, sondern um 900 Millionen Mark, also um fast ein Drittel weniger.

Die neue Bundesregierung bemißt das Beitragsaufkommen der Rentenversicherung an den tatsächlich gezahlten Löhnen beziehungsweise Lohnersatzleistungen. Für Arbeitslose wird nicht mehr von einem fiktiven früheren Bruttolohn Beitrag zur Rentenversicherung gezahlt, sondern von den tatsächlich gezahlten Lohnersatzleistungen der Bundesanstalt für Arbeit. Das ist ein ehrliches und verlässliches Kriterium, das dem Grundsatz der Einkommensbezogenheit der Beiträge entspricht und daher auf ähnliche Sachverhalte (zum Beispiel Krankengeld) übertragen werden soll.

Die Sozialversicherung kann auf Dauer nur aus dem tatsächlich aktuell erzielten Wirtschaftsergebnis finanziert werden. Die Finanzierung von Sozialleistungen durch Schulden richtet sich am Schluß nur gegen die, die sie eigentlich begünstigen wollte.

MIETEN

Flugblattaktion des Mieterbundes: Maßlos, falsch und verantwortungslos

Maßlos und verantwortungslos ist die Flugblattaktion, die der Deutsche Mieterbund am Jahresende gestartet hat. Wer, wie der Mieterbund, mit eindeutig falschen Behauptungen, Verdrehungen und unredlichen Argumenten agiert, der stiftet sozialen Unfrieden und zerstört die Vertrauensbasis, die heute in der ganz überwiegenden Zahl der Fälle das Verhältnis zwischen Vermietern und Mietern kennzeichnet. Es ist deshalb unerlässlich, überall in der Öffentlichkeit die Behauptungen des Mieterbundes richtig zu stellen. Hier die Tatsachen, zusammengestellt vom Ministerium für Wohnungsbau.

Der Mieterbund behauptet: „Mieter werden vogelfrei — wann verlieren sie ihre Wohnungen?“

Diese Behauptung ist falsch. Das Gegenteil ist der Fall. Niemand stellt den sozialen Mieterschutz in Frage. Kein Mieter wird rechtlos. Der allgemeine Kündigungsschutz bleibt unangetastet. Eine Kündigung ist, wie bisher, auch weiterhin nur aus besonderen, gesetzlich definierten Gründen zulässig. Die Kündigung zum Zweck der Mieterhöhung bleibt ausgeschlossen. Das Prinzip der ortsüblichen Vergleichsmiete bleibt bestehen.

Der Mieterbund behauptet: „Mieterhöhungen sollen sich nur noch nach den teuersten Vergleichsmieten als Maßstab richten“.

Diese Behauptung ist falsch. Es besteht

kein Anlaß zu der Befürchtung, daß die Bestimmung, nach der die Vergleichsmiete nur noch auf Grundlage von Mietvereinbarungen der letzten drei Jahre festgelegt werden soll, zu Mietsprüngen führt. In vielen Städten werden heute bereits überwiegend Vergleichsmieten aus diesem Zeitraum herangezogen. Insgesamt wird sich die durchschnittliche Mietentwicklung nicht weit von der Steigerungsrate für die Lebenshaltungskosten entfernen. Die ebenfalls schon im Gesetzentwurf der alten Bundesregierung vorgesehene Regelung, nach der bei Mieterhöhungen die äußerste Grenze einer Mietzinsspanne ausgenutzt werden kann, hat lediglich formale Bedeutung. Zur Beurteilung der Berechtigung der Mieterhöhung bleibt allein die tatsächliche Vergleichsmiete maßgebend.

Der Mieterbund behauptet: „Willkür droht, wenn der Vermieter mehrere Wohnungen besitzt“.

Behauptet wird, der Vermieter könne Mieterhöhungen bis zur teuersten selbst vermieteten Wohnung verlangen. **Dies ist falsch.** Grundsätzlich gilt auch für die Vergleichswohnungen aus dem eigenen Bestand, daß die hierfür gezahlten Mieten das ortsübliche Mietniveau entsprechen der Wohnungen repräsentieren müssen. Jeder andere Vermieter kann diese Wohnungen schon heute nach geltendem Recht zur Begründung seines Erhöhungsverlangens heranziehen.

Der Mieterbund behauptet: „Staffelmiete — kann der Mieter nicht mehr zahlen, fliegt er raus“.

Dies ist falsch. Die Möglichkeit der Staffelmietvereinbarung bei Neubauten und im Bestand ist ein Angebot zu mehr Vertragsfreiheit zwischen Mietern und Vermietern. Sie setzt die Zustimmung des Mieters in jedem Einzelfall voraus und gilt nicht für bestehende Mietverträge, soweit der Mieter hier keine Änderung wünscht. Auch nach Abschluß einer Staffelmietvereinbarung kann der Mieter den Mietvertrag kündigen. Kann ein Mieter die Staffelmiete, die er mit dem Vermieter vereinbart hat, nicht zahlen, so kann ihm gekündigt werden, wenn er mit zwei Monatsmieten im Rückstand ist. Dem Mieter steht aber immer der Räumungsschutz zu.

Insgesamt ist die Staffelmiete ein Angebot an die Vertragspartner, die der Sicherheit über die künftige Mietentwicklung gegenüber der Möglichkeit einer Ausnutzung jeder aktuellen Marktchance den Vorzug geben. Eine große Zahl von Investoren sieht in diesem Instrument eine Basis, um sich wieder im Mietwohnungsbau zu engagieren. Dies dient letztlich dem Mieter.

Der Mieterbund behauptet: „Vogelfrei durch Zeitmietverträge“.

Dies ist unrichtig. Zulässig ist ein Zeitmietvertrag nur unter ganz bestimmten, im Gesetz genannten Voraussetzungen. Er kommt nicht für jedes Mietverhältnis in Betracht. Die Neuregelung des Rechts der Zeitmietverträge ermöglicht es dem Vermieter, bei beabsichtigter Eigennutzung oder wesentlicher baulicher Änderungen der Wohnung einen befristeten Mietvertrag mit der Gewißheit abzuschließen, daß die Wohnung nach Ablauf der Vertragszeit für ihn zur Verfügung steht. Der Mieter, der einen Zeitmietvertrag eingeht, weiß, daß er sich zu einem bestimmten Zeitpunkt nach einer neuen Wohnung umsehen muß. Der Vermieter muß im Fall des absehbaren Eigenbedarfs oder wenn es um Abbruch oder Umbau geht, dies dem Mieter bei Vertragsabschluß schrift-

lich mitteilen. Dies muß er erneut drei Monate vor Ablauf der vereinbarten Mietzeit tun. In Härtefällen genießt der Mieter Vollstreckungsschutz.

Mit der Möglichkeit, Zeitmietverträge abzuschließen, wird bisher leerstehender Wohnraum der Vermietung zugeführt. Diese Vergrößerung des Wohnungsangebots liegt im Interesse der Mieter

Der Mieterbund behauptet: „Eine Mietexplosion droht — Jahr für Jahr soll die Miete um 10 Prozent höher werden“.

Diese Behauptung ist völlig aus der Luft gegriffen. Mit den 10 Prozent zielt der Mieterbund offenbar auf die vorgesehene Kappungsgrenze, die in einem Zeitraum von drei Jahren Mietsteigerungen von bis zu höchstens 30 Prozent erlaubt. Hier handelt es sich um eine Vorschrift, die gerade zum Schutz der Mieter geschaffen und aus dem Entwurf der SPD/FDP-Regierung übernommen wurde. Mit ihr sollen schlagartig hohe Mietsteigerungen zum Beispiel in den Fällen unterbunden werden, in denen die Mieter bisher weit unterhalb der Vergleichsmieten liegen. Absolute Obergrenze bleibt in jedem Fall die ortsübliche Vergleichsmiete. Diese Schutzvorschrift wird vom Mieterbund zu einer Empfehlung für Vermieter verfälscht, diesen Rahmen möglichst voll zu nutzen. Dies ist unredlich und kann sich in der Wirkung nur gegen die Mieter richten.

Der Mieterbund behauptet: „15 Milliarden Mark werden aus den Taschen vieler Mieter in die Taschen weniger Vermieter fließen“.

Diese Behauptung ist wider besseres Wissen aufgestellt worden. Der Mietvertrag aller vermieteten Wohnungen in der Bundesrepublik wird auf rund 40 Milliarden Mark geschätzt. Eine Mieterhöhung um 15 Milliarden Mark würde in jedem Einzelfall eine Erhöhung um 37 Prozent bedeuten. Dies behauptet selbst der Mieterbund nicht.

1983 Bundesfinanzhilfen in Höhe von 2,29 Milliarden Mark für den sozialen Wohnungsbau

Bundesbauminister Oscar Schneider hat die Bundesmittel für den sozialen Wohnungsbau 1983 in Höhe von 2,29 Milliarden Mark an die Länder verteilt. Im sogenannten „Normalprogramm“, mit dem der Bund den Ländern wie bisher Finanzhilfen zur Förderung des sozialen Wohnungsbaus gewährt, werden

- 590 Millionen DM in der Grundförderung und im Sozialprogramm und
- 700 Millionen DM für das Eigentumsprogramm zur Verfügung gestellt.

Im Rahmen des Sonderprogramms der Bundesregierung zur Belegung des sozialen Wohnungsbaus und der Baunachfrage sind

- zur Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus in Ballungsgebieten 500 Millionen DM, jeweils zur Hälfte im 1. und 2. Förderungsweg und
- 500 Millionen DM zur Förderung von Eigentumsmaßnahmen im 2. Förderungsweg veranschlagt.

Der Bundesbauminister weist in diesem Zusammenhang noch einmal auf die konjunktur- und arbeitsmarktpolitische Bedeutung insbesondere des Sonderprogramms hin, das dem Wohnungsbau neue Impulse verleihen und einen Beitrag zur Beseitigung von Wohnungsmarktengpässen in Ballungsräumen und zum Erwerb von Wohneigentum leisten solle. In diesem Zusammenhang sei auch das „Sonderprogramm zur Förderung des Baus von Ein- und Zweifamilienhäusern und Eigentumswohnungen durch Hilfen für die Zwischenfinanzierung von Bauparverträgen“ zu sehen. Auch diese Bundesmittel in Höhe von 500 Millionen Mark seien anteilsgemäß an die Bundesländer verteilt worden.

Der Mieterbund behauptet: „Soziale Härten durch Wohngeldkürzungen“.

Die vorgesehenen Einsparungen beim Wohngeld, die auch schon die alte Bundesregierung vorschlagen mußte, werden nicht zu einer globalen Senkung der Wohngeldleistungen führen. **Das Wohngeld bleibt in seinem Kernbestand unberührt und wird auch weiter seine soziale Funktion erfüllen, angemessenes und familiengerechtes Wohnen wirtschaftlich zu sichern.** Für die Mehrheit der Wohngeldempfänger kommt es nicht zu einer Kürzung der Wohngeldleistungen. Steigende Wohnkosten der Bürger werden

auch weiterhin durch das Wohngeld aufgefangen. In der Ergänzung zum Entwurf des Bundeshaushaltsplans für das Haushaltsjahr 1983 hat die Bundesregierung 80 Millionen Mark mehr für das Wohngeld zur Verfügung gestellt als im Finanzplan der alten Bundesregierung vorgesehen war.

Der Mieterbund fordert in seinem Flugblatt schließlich, der soziale Wohnungsbau müsse zu tragbaren Mieten erfolgen. **Dieser Forderung wird durch die Anstrengungen der Bundesregierung, die für den sozialen Wohnungsbau zusätzlich zwei Milliarden Mark zur Verfügung gestellt habe, Rechnung getragen.**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 24 49
5300 BONN 1
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 C
GEBÜHR BEZAHLT

WAHLKAMPF-TERMINE

Die Veröffentlichung der bisher gewohnten Termine wird bis zum 6. März 1983 ausgesetzt. Statt dessen erscheinen an dieser Stelle wichtige Wahlkampf-Termine, insbesondere über den Einsatz von Bundesrednern. Da es sich hier um insgesamt 1500 Veranstaltungen handelt, ist nur eine Auswahl möglich. Wir bitten um Verständnis.

14. Januar 1983

Grevenbroich

Öffentliche Kundgebungen
Beginn: 17 und 19.15 Uhr
Heiner Geißler

14. Januar 1983

Wittlich

Öffentliche Kundgebungen
Beginn: 17 und 18.30 Uhr
Friedrich Zimmermann

14. Januar 1983

Grefrath-Oedt

Öffentliche Kundgebung
Beginn: 20 Uhr
Heiner Geißler

14. Januar 1983

Lahnstein

Öffentliche Kundgebungen
Beginn: 20 und 22 Uhr
Friedrich Zimmermann

17. Januar 1983

Oldenburg

Öffentliche Kundgebungen
Beginn: 15 und 16.15 Uhr
Rainer Barzel

17. Januar 1983

Delmenhorst

Öffentliche Kundgebungen
Beginn: 17 und 18.15 Uhr
Rainer Barzel

17. Januar 1983

Puttgarden (Fehmarn)

Öffentliche Zielgruppen-
gespräche
Beginn: 17 und 19.30 Uhr
Werner Dollinger

17. Januar 1983

Bottrop

Öffentliche Veranstaltung
Beginn: 17 Uhr

Gladbeck

Öffentliche Veranstaltung
Beginn: 19.30 Uhr
Bernhard Worms

17. Januar 1983

Bremen-Vegesack

Öffentliche Kundgebung
Beginn: 20 Uhr
Rainer Barzel

17. Januar 1983

Heiligenhafen

Öffentliche Kundgebungen
Beginn: 20 und 22 Uhr
Werner Dollinger

17. Januar 1983

Gelsenkirchen

Öffentliche Veranstaltung
Beginn: 20 Uhr
Bernhard Worms

18. Januar 1983

Rheinbach

Öffentliche Kundgebung
Beginn: 20 Uhr
Bernhard Vogel

19. Januar 1983

Neuwied-Altenkirchen

Öffentliche Veranstaltung
Beginn: 17 Uhr

Wissen

Öffentliche Veranstaltung
Beginn: 19.15 Uhr
Alfred Dregger

UiD

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Heinz Winkler, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 54 41. Verlag: Union Betriebs GmbH, Argelanderstraße 173, 5300 Bonn, Telefon (02 28) 22 10 81. Vertrieb: Telefon (02 28) 5 44-3 04. Verlagsleitung: Peter Mullenbach, Dr. Uwe Luthje, Eberhard Luetjohann. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152 (BLZ 380 500 00), Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 48,— DM. Einzelpreis 1,20 DM. Druck: VVA-Druck, Düsseldorf.